Pressemitteilung







Drug Checking ist ein wichtiger Beitrag, um Drogentode zu verringern! Aidshilfe NRW, JES NRW und akzept NRW zum International Drug Checking Day

Köln, 30. März 2020 – "Drug Checking kann Leben retten!" Mit dieser Botschaft plädieren Aidshilfe NRW, JES NRW und akzept NRW auch in diesem Jahr anlässlich des Internationalen Drug Checking Days am 31. März für die Schaffung entsprechender Möglichkeiten. Vor allem vor dem Hintergrund der gestiegenen Drogentode um rund 22 Prozent im vergangenen Jahr in NRW ist dies ein dringlicher Appell. Unter Drug Checking-Angeboten versteht man, illegale Substanzen auf ihre Zusammensetzung untersuchen und sich gleichzeitig beraten lassen zu können. Jahrzehnte etablierte Angebote in vielen europäischen Ländern zeigen, dass Drug Checking ein wirksamer Baustein der akzeptierenden Gesundheitsprävention für Drogengebrauchende ist. In Deutschland befindet sich derzeit nur ein Modellprojekt in Berlin im Aufbau. Inzwischen spricht sich auch die Bundesdrogenbeauftragte Daniela Ludwig für Drug Checking aus, nachdem sie ein entsprechendes Projekt in Innsbruck besucht hat.

Die drei Landesverbände initiierten im vergangenen Jahr ein Fachgespräch, um von den bisherigen Erfahrungen aus dem In- und Ausland zu lernen und die Potenziale für den Aufbau eines Angebots in NRW auszuloten. "Die Erfahrungen etwa aus Österreich und der Schweiz haben gezeigt: Drug Checking wirkt", äußerte sich Arne Kayser, Aidshilfe NRW. "Es werden Konsument*innen angesprochen, die sonst oftmals nicht den Weg ins Hilfesystem gefunden hätten. Die überwiegende Mehrheit überdenkt ihren Konsum, wenn es einen Warnhinweis gibt. Darüber hinaus bietet das Beratungsgespräch beim integrierten Drug Checking die Gelegenheit, weitere Safer-Use- und Harm-Reduction-Botschaften zu vermitteln. Das Berliner Beispiel zeigt doch, dass auch in Deutschland der rechtliche Rahmen Drug Checking ermöglicht, wenn alle Akteure zugunsten der Gesundheit drogengebrauchender Menschen an einem Strang ziehen."

"Die willkürliche Illegalisierung gewisser Stoffe verhindert es, dass Menschen risikobewusst und aufgeklärt mit ihrem Konsum umgehen. Drogengebrauchende Menschen haben jedoch ein hohes Interesse daran, zu wissen, welche Wirkstoffe in welcher Konzentration in den Substanzen, die sie konsumieren, enthalten sind. Drug Checking würde diese Möglichkeit bieten und damit vor Vergiftungen und Überdosierungen schützen", so Marco Jesse, Vorstandsmitglied von akzept NRW. "Nicht zuletzt erlaubt Drug Checking auch ein Monitoring, welche Substanzen in welcher Zusammensetzung aktuell auf dem Markt sind, und ermöglicht es somit, frühzeitig Trends zu erkennen und darauf zu reagieren."

"Drug Checking gehört auch in NRW endlich auf die politische Agenda", fordert Ralf Runniger von JES NRW. "Das Fachgespräch in Köln hat gezeigt: Es gibt hier Akteur*innen aus dem Hilfesystem, die an solch einem Angebot interessiert sind. Wir laden nun auch die Landespolitik dazu ein, mit uns ins Gespräch zu kommen, um die Chancen und Potenziale von Drug Checking gemeinsam zu diskutieren." Auch bundesweit ist die Zahl der Drogentode um zehn Prozent gestiegen. Die Bundesdrogenbeauftragte forderte in Hinblick darauf auch in der Coronakrise flächendeckende Substitutions- sowie weitere Hilfsangebote. Für den Konsum aller Substanzen seien Aufklärung und Beratung essenziell, so Daniela Ludwig. Drug Checking kann hier Abhilfe schaffen.

Drug Checking wird im "Landeskonzept zur Weiterentwicklung der HIV/AIDS-Prävention in Nordrhein-Westfalen" (2012) sowie in der "Empfehlung der Landeskommission AIDS zur Verbesserung der Lebenssituation von Drogen gebrauchenden Menschen im Kontext von HIV/Aids und Hepatitis" (2017) als eine Maßnahme im Kontext von Gesundheitsförderung und Risikominimierung benannt. Die Landeskommission AIDS berät die Landesregierung NRW in grundsätzlichen Fragen zu HIV und Aids

Der International Drug Checking Day am 31. März geht auf die Initiative einer Reihe von Organisationen zurück, die schadensminimierende Angebote für Drogengebrauchende anbieten und fördern. Bisher beteiligt sind Organisationen u.a. aus Finnland, Italien, Kanada, Kolumbien, Mexiko, Österreich, Polen, Rumänien, Spanien, Slowenien, den USA und dem Vereinigten Königreich.